

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckschrift: Tageblatt Riesa.

Numm. Nr. 22.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Poststempelkonto: Dresden 1500

Großstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 18.

Montag, 16. Januar 1922, abends.

75. Jahrg.

**Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 8.— Mark ohne Aufstellgebühr. Einzelnummer 50 Pf. Ausgabe für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen am bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Seite (7 Silben) 2.— Mark, Bezugspreis 1,75 Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweisungs- und Mitteilungsgebühr 75 Pf. Recht Tarife. Gewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Alltägliche Unterhaltungsschlagzeile „Fröhlicher an der Elbe.“ — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranen oder der Verförderungsseinrichtungen — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Dangler & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenleitung: Wilhelm Dittrich, Riesa.**

## Lloyd George in Paris.

Wie Savas meldet, hat Lloyd George Sonnabend nachmittag von 4—5½ Uhr eine Unterredung mit Poincaré in der englischen Botschaft gehabt und daran anschließend mit den belgischen Ministern Thunis und Jaspary verhandelt.

England hatte Sonnabend nachmittags in der britischen Botschaft mit Lloyd George eine längere Unterredung.

Wie die gestrigen Pariser Morgenblätter melden, wird Poincaré heute (Montag) mit Lord Curzon eine Unterredung haben. Zwischen dem Finanzminister Lefèvre und Sir Robert Horne soll Sonnabend abend bereits eine Aussprache stattgefunden haben. Diese Verhandlungen würden, so behauptet der „Matin“, in den folgenden Wochen fortgesetzt werden, jedoch auf diplomatischem Wege.

Nach dem gleichen Blatte hat Poincaré mit Lloyd George alle aktiven politischen Fragen durchgesprochen. Der englisch-französische Schuldvertrag werde dem Blatte zufolge vervollkommen und so umgestaltet werden, dass Frankreich nicht die Rolle des Bittenden zugewiesen würde, und dass es größere Übernahmen erlangte. Was die Konferenz von Genf anlangt, so sei die Unterschrift Frankreichs gegeben worden, aber Poincaré selbst werde sie nicht nach Genf begehen, sondern jedesfalls Viviani.

Über die Unterredung zwischen Lloyd George und Poincaré werden ferner noch folgende Einzelheiten bekannt: Poincaré erklärte, er könne seine Entscheidung fällen, er sei jedoch überzeugt, dass kein ernster Konflikt zwischen beiden Ländern entstehen würde. Er hoffe, dass in den künftigen Verhandlungen in den wichtigsten Fragen Vereinbarung erzielt werden könnte. An zahlreichen Stellen der Welt ständen sich heute französische und englische Interessen gegenüber. Der hier liegende Stoff für Differenzen müsse aus der Welt geschafft werden. Daher müsse man die Gesamtfrage prüfen und natürlich die Frage der Reparationen, des europäischen Wiederaufbaus und des nahen Ostens. Poincaré brachte dann verschiedene Wünsche auf Abänderung oder Erweiterung des Vertrages vor. Die Garantiedauer von zehn Jahren sei zu kurz. Auch sei ein Zulah erforderlich, dass England und Frankreich gemeinsam intervenieren würden, falls Deutschland Polen angreife. Poincaré hält es ferner für wünschenswert, dass sofort Zusammenkünfte von französischen und englischen Generalstabsoffizieren eingerichtet würden, um die praktischen Einzelheiten im Falle einer Mobilisierung zu erörtern. Lloyd George erklärte, er wünsche vor allem die Frage der Reparation und der Wiederherstellung der Lage in Europa erledigt zu sehen. Er legte großen Wert darauf, dass sofort eine Zusammenkunft zwischen dem neuen französischen Finanzminister und Sir Robert Horne erfolge. Poincaré erklärte sich bereit, die Befreiung zu veranlassen.

Lloyd George ist gestern wieder in London eingetroffen. Die Behandlung der Reparationsfrage in Cannes.

Präsident Millerand hat gestern vormittag den Vorsitzenden der Reparationskommission Dubois empfangen, der dem „Temps“ zufolge nach seiner Befreiung mit dem Präsidenten die Erklärung abgegeben hat, er habe den Präsidenten der Republik über die Dinge in Kenntnis gesetzt, die in Cannes in der Reparationsfrage sich abgespielt hatten. Diese Frage sei gleichzeitig vom Obersten Rat und von der Reparationskommission behandelt worden und die Kommission habe von Dr. Rathenau die Erklärungen erhalten, die sich auf gewisse Schriftstücke stützten. Diese Schriftstücke würden zur Zeit übersetzt. Ihre zahlmäßigen Angaben müssten sorgfältig kontrolliert werden. Wenn diese Arbeit beendet sei, werde die Reparationskommission in voller Kenntnis der Sache urteilen und angemessene Entscheidungen treffen können. Wenn jedoch die Alliierten als Gläubiger Deutschlands selbst mit Deutschland verhandeln wollten, könne die Reparationskommission sich dem nur beugen. In diesem Fall werde der Oberste Rat über das deutsche Erreichen um ein Moratorium für das Jahr 1922 selbst befinden, denn die Kommission habe in Cannes nur einen vorläufigen Bahnhofsaufstand gewährt. Wenn die Frage bei der Reparationskommission bleibe, werde diese nach sorgfältiger Prüfung aller Einzelheiten des Problems und aller ihr zur Verfügung stehenden Auskünfte entscheiden.

## Die deutsche Delegation wieder in Berlin.

Die deutsche Delegation ist gestern abend aus Paris wieder in Berlin eingetroffen. Dr. Rathenau hatte sofort eine längere Unterredung mit Dr. Borth. Anschließend fanden bereits Befreiungen mit den zuständigen Ressortministern statt. Die Beratungen zogen sich bis in die Nachtstunden hin.

## Die Auslieferung der deutschen Kriegsbeschuldigten verlangt.

Aus Paris wird gemeldet: Die von der Kommission in Sachen der Kriegsbeschuldigten gefachten Entschließungen, die dem Obersten Rat unterbreitet werden, lauten:

1. Das Reichsgericht in Leipzig hat bis jetzt sein Urteil in neun ihm vorgelegten Fällen über die „Kriegsverbrecher“ geflossen, davon drei auf Veranlassung der französischen Regierung, eins auf Veranlassung der belgischen Regierung und vier auf Veranlassung der deutschen Regierung und eins, das auf die Initiative der deutschen Behörden zurückzuführen ist. Die italienische Regierung hat vor einigen Monaten dem Reichsgericht ihre Akten über verschiedene andere Fälle übermittelt. Es kam bisher keiner dieser Fälle zur Verhandlung. Was das Verfahren vor dem Reichsgericht in Leipzig betrifft, so geht die übereinstimmende Ansicht der Kommission dahin, dass das Gericht mit ganz geringen Ausnahmen insofern keinerlei Benutzung gegeben habe, als es nicht genügende Beweisführungen

sur Ausdehnung der Wahrheit unternommen habe. Was die Urteile des Reichsgerichts selbst angeht, so geht die einstimmige Ansicht der Kommission dahin, dass in fast allen Fällen das Reichsgericht keine Genugtuung aus infolge, als einzelne Angeklagte freigesprochen wurden, wodurch sie hätten verurteilt werden müssen, und dass selbst in den Fällen, in denen die Angeklagten für schuldig befunden wurden, die ausgeschrockene Strafe nicht genügend war.

2. Die einstimmige Ansicht der Kommission geht dahin, dass man zu keinem zweckmäßigen Resultat gelangen kann, wenn weitere Fälle dem Reichsgericht in Leipzig unterbreitet werden. Angedessen ist die Kommission einstimmig der Ansicht, dass von nun an der Text des Artikels 228 des Vertrages von Versailles in Übereinstimmung mit der alliierten Note vom 7. Mai 1920 letzter Absatz in Kraft gesetzt und dass die deutsche Regierung aufgefordert werden muss, die Angeklagten den alliierten Mächten zu ihrer Aburteilung auszuliefern.

Der „Vormärts“ sagt zu dieser Entschließung der Entente-Kommission: „Die juristische Bedeutung der Frage tritt aber hinter der politischen weit zurück. Politisch steht die Sache so, dass wie im vierten Absatz nach dem Ende des Krieges leben, dass viele, die auf der Auslieferungsliste stehen, von jedermann in Deutschland für vollkommen unschuldig gehalten werden, dass einige von ihnen einem Teil des deutschen Volkes als Nationalhelden gelten, und dass die unpatriotische Gewerkschaft nach allgemein verbreiteter Aussicht bei ausländischen Gerichten ebenso wenig zu finden ist, wie bei inländischen. Unter solchen Umständen von Deutschland die Erfüllung seiner Auslieferungspflicht zu verlangen, ist politisch geschehen, ein geradezu absurdiger Gedanke.“

## Stresemanns Rede in München.

Dr. Stresemann sprach gestern in München in einer großen öffentlichen Versammlung, an der auch die Münchner Entente-Kommission sich zwölft Karten boten geben lassen. Als politisches Erbhübel bezeichnete er es, dass wir die innere Politik eines Einflusses ausüben lassen auf die äußere Politik, und dass hinter der vorbereitenden parteipolitischen Vertragsweise die Interessen des Vaterlandes zurückgesetzt werden. Es gebe nur drei Faktoren, durch die ein Volk sich erhalten oder wiederherstellen könne: eine tüchtige Armee, einen einheitlichen nationalen Willen und eine gutgeordnete Wirtschaft. Uns sei leider nur der Ausbau unserer Wirtschaft übrig geblieben. Bei dem Urteil über die Verhandlungen in Cannes, die durch den Gegenseit der französischen und der englisch-amerikanischen Auffassung gekennzeichnet wurden, dürfe man nicht vergessen, dass auch die vom englisch-amerikanischen Standpunkt aus erhobenen Forderungen unerfüllbar seien. Deutschland müsse für die Konferenz von Genf selbst ein Programm vorbereiten. Wir müssen trachten, aus dem jetzigen Zustande herauszufinden, wo wir mit Objekt und nicht auch Faktor der Politik seien. Dr. Stresemann befürchtete dann eingehend das Verhältnis der deutschen Stämme im Süden und im Norden zu einander. In Bezug auf die Kriegsschuld stritt Dr. Stresemann eine moralische Schuld Deutschlands nach, auch in energetischer Absehung. Es habe nur eine Schuld nach innen bestanden, insofern, als die deutschen Parteien nicht die notwendigen Mittel bereit gestellt hätten für eine Armee, die das Deutsche Reich entsprechend seinem kolossalen Aufschwung hätte schützen können. Der deutschen Revolution sprach Dr. Stresemann jede nationale Regung ab. Von der Weltmarkt sprach er, dass sie zu einer Konsolidierung des Parlamentarismus, zu einer Parteibereitschaft und Parteipersonalienwirtschaft führt. In der Steuerfrage würden die bürgerlichen Parteien den Sozialdemokraten keine weiteren Zugeständnisse machen. Es wird darauf ankommen, ob die Sozialdemokraten auf ein Steuerkompromiss eingehen, und dies wird dafür bestimmt sein, ob das Kabinett Wirth weiter bestehen könne. Stresemann schloss seine Ausführungen mit einem Ausblick in die deutsche Zukunft, indem er hervorhob, dass die Anzeichen sich mehren, dass Deutschland wiederum in der Weltwirtschaft als ein Faktor angesehen werde, und dass man an Deutschlands Wiedergewinnung glauben könne, ohne ein allzu großer Optimist zu sein.

## Eine Entschließung der Zentrumspartei.

Auf dem gestrigen Parteitag der Zentrumspartei in Berlin wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

Der Reichsparteitag spricht der Parteileitung und der Fraktion des Reichstages sein volles Vertrauen aus. In Abrede der schwierigen außenpolitischen Lage erklärt er sich rücksichtslos einverstanden mit der von der Regierung geführten Politik der Kündigung und Währung, die, unbedingt und zielfest gesetzt, der wirtschaftlichen Gesundung der gesamten Welt und der Zusammenarbeit der Völker die Wege ebnen wird. Er empfindet es mit hoher Genugtuung, dass im schweren und entscheidungsvollsten Augenblick des politischen Lebens die Führer der Zentrumspartei frei von vermeidbaren Einflüssen auf verantwortungsvollstem Posten ausgehalten haben und dass die Partei jederzeit bereit war, die Gesamtverantwortung für das Vaterland zu übernehmen. Der Reichsparteitag ist ferner der Überzeugung, dass unsere Finanzpolitik energisch weitergeführt werden muss unter Berücksichtigung der Grundlage einer gerechten Kostenverteilung und einer praktischen Durchführbarkeit. Die Reichspartei erlischt in der entschiedenen Abneigung der einheitlichen Politik der Rechten und der Linken, die unser Volk nicht zur Ruhe kommen lassen, das Gebot der Stunde. Nur eine weise Politik der Werte vermag die Aufgabe der Erföhlung aller Kreise und die Einigung aller Deutschen zu erfüllen.

Reichsarbeitsminister Brauns erstattete auf dem Vortag des Zentrums den Bericht über die Tätigkeit der Reichsstatistik und die politische Lage. Obwohl ein abschließendes Urteil über Cannes noch nicht gefällt werden kann, bedeute die Panne doch einen Lichtblick, da gewisse Fortschritte leichter gemacht werden seien. Brauns betonte, dass wir uns in die wirtschaftlichen Folgen eines verlorenen Krieges flügen müssten, das man aber einem Raubtier nicht so viel zumuten dürfe, dass es unter der Last zusammenbreche. Der Arbeitsaufwand darf nicht verloren gehen. Auch das Arbeitszeitgesetz lasse die Grundlage nicht vermissen. Demgegenüber stehe aber die Arbeitslosigkeit. Der Forderung nach Erhöhung der Sachwerte werde das Zentrum soweit wie irgend möglich entgegenkommen, jedoch müssten Eingriffe in die Substanzen zeitlich beschränkt werden. Zum Schluss ging Brauns ausführlich auf die sozialen und kulturellen Forderungen des Zentrums ein und schloss: „Aushalten, kämpfen und ringen für bessere Tage unseres lieben deutschen Volkes und Vaterlandes!“ — An der Auskrautrede wandte sich Reichsanziger a. D. Lehrenbach mit besonderer Schärfe dagegen, dass Mitglieder einer Koalition häufig Sabotage gegen die Regierungstätigkeit treiben. In der Deutschen Volkspartei seien genügend Elemente, die zu diesen Faktoren zählen. Eine Verbreiterung nach dieser Seite sei nur möglich bei Persönlichkeiten, die auf dem Boden der Verfassung stehend. Reichsernährungsminister Hermes betonte, dass die Brotpreiserhöhung der Regierung sehr schwer geworden sei, aber wenn auch der Entente-Druck nicht so schwer gewesen wäre, würden die Finanzen doch zu einer solchen Erhöhung gezwungen haben.

## Ludendorff und der Kapp-Putsch.

Die Anfrage des Abgeordneten Ledebour und Dr. Rosenfeld, betr. die Besiegungen Ludendorffs zu dem Kapp-Putsch, Hochverratsunternehmen, ist jetzt von dem Reichsminister der Justiz beantwortet worden. Am Schluss des Antwortschreibens heißt es:

Bei diesem Sachverhalt ergibt sich der Eindruck, dass General Ludendorff über die politischen Unschwungen und Zielen der am Kapp-Putsch hauptlich Beteiligten im allgemeinen unterrichtet gewesen ist und das Unternehmen selbst mit sichtbarem Interesse begleitet hat. Unterseite deutet der Brief des Direktors v. Demitz darauf hin, dass General Ludendorff „von jeder Verquidung mit derartigen Angelegenheiten für den Fall des Angriffs der Regierung bewahrt bleiben“ sollte, damit sein Einfluss „gleichgültig, ob er im entscheidenden Augenblick offiziell oder hinter den Kulissen ausübt“. Dann ungemindert einigen könne. Es scheint die Führer des hochverräterschen Unternehmens gewesen zu sein, bis zum „entscheidenden Augenblick“ zu vermelden, dass die Anteilnahme des Generals Ludendorff zu einer täglichen Mitwirkung werde. Diese Arbeit ist, soweit es sich nach dem Beweisergebnis übersehen lässt, erreicht worden.

Der Oberrechtsanwalt hat unter Würdigung dieser Umstände die Frage, ob ein ausreichender Verdacht für eine strafbare Beteiligung des Generals Ludendorff an dem Kapp-Putsch unterrichtet gegeben sei, verneint und betont, dass jedenfalls kein Anhalt dafür besteht, dass er sich als Urheber oder Führer im Sinne des Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit vom 4. August 1920 betätigt habe. Ich trete der leichten Auffassung bei, gez. Dr. Radbrück.

## Internationale Kundgebungen der U. S. S. R. in Berlin.

Der Bezirksverband Berlin-Brandenburg der USPD veranstaltete am gestrigen Sonntag im Großen Schauspielhaus eine große internationale Kundgebung für die Verbildung des Proletariats, gegen Gewalttaten und Kriegsherrschaft, bei der eine Reihe ausländischer Sozialisten, die von ihren Parteien zum Weltkongress des Proletariats der USPD als Delegierte entstanden waren, das Wort ergriffen. Schon lange vor dem festgelegten Beginn war der weiße Raum des Theaters bereits überfüllt, dass die Türen geschlossen und die noch zu Tasten auf Einlass wartenden Menschen nach dem Lustplatz abgelöst werden mussten, wo dann in einer Parallelversammlung dieselben Redner sprachen. Den Reden der Redner erwiderte Paul Faure (Frankreich), der u. a. ausführte, der Friedensvertrag von Versailles und die verschiedenen Konferenzen haben kein greifbares Ergebnis erzielen können, weil hinter diesen Dokumenten und Gewalttätigkeit als Triebfedern gestanden haben. Wir werden dem wahren Frankreich Bericht erstatten, dem französischen Volk, den Massen, die den Frieden wollen, wie ihn hier in Deutschland (stürmischer Beifall). Bis zu einem gewissen Grade werden wir der Widerstand der wirtschaftlich demokratischen und friedliebenden Bürgerlichen bedürfen. Die Arbeiterschaft aber muss vorangehen und schließlich die Macht übernehmen. — Arthur Crispin erinnerte daran, dass die USPD, es schon im Kriege als ihre Aufgabe betrachtet habe, die internationalen Beziehungen zwischen der Arbeiterschaft wiederherzustellen. — Nachdem Grima (Schweden) die Gräfe der Schweizer Sozialdemokratischen Partei überbracht hatte, sprach als zweiter französischer Redner Renaudel: Wir französischen Sozialisten begreifen, dass man von Deutschland nicht etwas verlangen kann, was über seine Kräfte geht. Der Sieg der französischen Revolution kann von seiner Dauer sein. — Als nächster Redner sprach das Mitglied der Menschenfreien Partei Englands Abramowitz: Wir stehen vor der Möglichkeit, eine internationale Konferenz aller Parteien zu veranstalten von den Rechtssozialisten bis zu den Kommunisten. Damit diese Beziehungen Erfolg haben, muss eine Änderung des Vertrages von Versailles herbeigeführt werden. — Als dritter französischer Redner sprach Sacha Grumbach: Der Vertrag,